

# AfD-Fraktionspost

Sonderausgabe Sommer 2026

Momente | Erfolge | Initiativen

## Wir ziehen Bilanz: 10 Jahre AfD-Fraktion im Landtag MV

### Migration in Zahlen

Probleme die konsequent angegangen werden müssen

### Schwesigs Jahre der Misswirtschaft

Die schlimmste Staatsfinanzenkrise nach der Wende

### Deutsche Industrie im Niedergang

Die Energiewende hat ihr Ziel erreicht



FRAKTION IM LANDTAG  
MECKLENBURG-  
VORPOMMERN



# FAMILIE BILDUNG KITA

## PROBLEMAUFRISS

Die Landesregierung hat sämtliche Bundesmittel aus dem Gute-Kita-Gesetz ausschließlich in die Beitragsfreiheit investiert und Qualitätsverbesserungen somit sträflich vernachlässigt. Die Betreuungssituation in den Kitas hat sich in den letzten Jahren daher deutlich verschärft. Kinder brauchen jedoch beste Bedingungen für Bildung und Betreuung. Dazu gehören vor allem ein deutlich verbesserter Betreuungsschlüssel und eine spürbare Reduzierung der Bürokratie für die Einrichtungen.

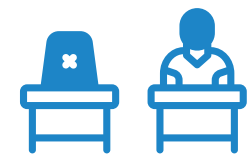
Bildungstests wie der INSM-Bildungsmonitor 2025 zeigen, dass Mecklenburg-Vorpommern sich im Bildungsniedergang befindet. So belegt das Land im INSM-Bildungsmonitor 2025 insgesamt den 9. Platz und im IQB-Bildungstrend im Kompetenzbereich Mathematik der 9. Klasse lediglich den 8. Platz im Vergleich aller Bundesländer. Zudem sinkt die Bedeutung des naturwissenschaftlichen Unterrichts in den Schulen rapide.

**Im letzten Schuljahr sind 350.000 Unterrichtsstunden ausgefallen.** Darüber hinaus besteht ein sich verschärfender Lehrermangel an allen Schulformen, der durch die eingesetzten Seiteneinsteiger nicht behoben werden kann. Viele Schulgebäude und Sporthallen weisen einen erheblichen Sanierungsbedarf auf.

**Mecklenburg-Vorpommern hat mit 10,4 Prozent eine hohe Schulabbrecherquote.** Dies ist sogar die höchste Quote der letzten zehn Jahre. Statt wirksamer Gegenmaßnahmen setzt die Landesregierung jedoch verstärkt auf „politische“ oder „demokratische“ Bildung in den Schulen.

Die weltanschauliche und politische Neutralität der Schulen ist Ausdruck einer demokratischen Kultur. In der jüngeren Vergangenheit haben sich an den Schulen jedoch mehrfach gegenteilige Ereignisse abgespielt. Politisch und ideologisch motivierte Programme, die sich **einseitig gegen bestimmte Anschauungen richten oder antibürgerliche Haltungen transportieren, widersprechen dem Erziehungsauftrag der Schule.**

Staatlich finanzierte und protegierte Gender-Ideologie kann bei jungen Menschen in der Findungsphase ihrer Identität zu irreversiblen Entwicklungsstörungen bis hin zur vermehrt auftretenden Geschlechtsdysphorie führen. Das ist nicht nur unverantwortlich gegenüber den Kindern und Jugendlichen, sondern zeugt auch von einem völlig gestörten Gesellschaftsbild linker und grüner Aktivisten.



# 10,4%

## Schulabbrecherquote

Höchste Quote der letzten 10 Jahre



# 350.000

## ausgefallene Unterrichtsstunden

## Auswahl parlamentarische Initiativen

- ▶ Drs. 8/2598 „Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern“ (Förderschulen als bewährtes Modell erhalten)
- ▶ Drs. 8/6463 Kleine Anfrage „Linksextreme Aktivisten und sexualisierte Darstellungen gegenüber Minderjährigen an Schulen“
- ▶ Drs. 8/2227 Antrag „Lehrermangel langfristig beheben: Gründung einer pädagogischen Hochschule endlich umsetzen“
- ▶ Drs. 8/6293 Kleine Anfrage „Politische Neutralität an der Europäischen Gesamtschule Insel Usedom – Anti-AfD-Bekleidung“
- ▶ Drs. 8/6567 Kleine Anfrage „Leistungsbewertung an Schulen“

Die AfD-Landtagsfraktion hat sich stets für die Verbesserung der Betreuungsqualität in den Krippen, Kitas und Horten des Landes eingesetzt. **So unterstützen sie sowohl die Volksinitiative als auch das Volksbegehren Kita vom April 2026.**

Die Frühsexualisierung an den Schulen sollte abgeschafft werden. Der Sexualkundeunterricht muss sich an der körperlichen und seelischen Entwicklung der Kinder orientieren. Lehrinhalte müssen sich vorrangig **an der Lebenswirklichkeit der Mehrheit orientieren und ein lebensbejahendes, verantwortungsvolles Familienbild vermitteln.** Gendersprache ist zu untersagen.

Der Lehrermangel muss konsequent bekämpft und die Qualifikation des Lehrpersonals sichergestellt werden. Zur strukturellen Stärkung der Lehrerbildung hat die AfD-Landtagsfraktion bereits im Mai 2023 einen Antrag **zur Schaffung einer pädagogischen Hochschule in den Landtag eingebracht.**

**Die AfD-Landtagsfraktion bekennt sich zum mehrgliedrigen Schulsystem.** Dazu wurden mehrere Anträge in den Landtag eingebracht, um unter anderem die duale Berufsausbildung zu stärken und die Zugangsvoraussetzungen für das Gymnasium zu schärfen. Insbesondere der **langjährige Druck seitens der AfD-Landtagsfraktion hat dazu geführt, dass die Landesregierung sich gezwungen sah, die Schließung der Förderschulen „Lernen“ bis zum Jahr 2035 zu verschieben.** Bereits im September 2023 wurde dazu ein Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes durch die Fraktion in den Landtag eingebracht. Auch für die Sanierung und Modernisierung der Schulbauten hat sich die AfD-Landtagsfraktion stets eingesetzt und unter anderem **die Verwendung der Mittel aus dem MV-Schutzfonds für das Schulbauprogramm des Landes im Rahmen einer Kleinen Anfrage vom Mai 2022 kritisch hinterfragt.**

Es bedarf einer strukturellen Stärkung der schulischen Kernkompetenzen (Lesen, Schreiben, Rechnen), der MINT-Fächer und der ökonomischen Bildung an den Schulen. Hier hat die AfD-Landtagsfraktion bereits im Januar 2021 einen ersten Gesetzentwurf eingebracht und später weitere parlamentarische Initiativen vorgelegt.

Der Beutelsbacher Konsens muss wieder zur vollen Geltung gebracht werden. Ein prominentes Beispiel hierfür ist der unverhältnismäßige Polizeieinsatz am Richard-Wossidlo-Gymnasium in Ribnitz-Damgarten im Februar 2024 wegen harmloser Online-Kommentare einer Schülerin. **Nach politischem Druck durch die AfD-Landtagsfraktion (unter anderem Einbringung eines Dringlichkeitsantrages in den Landtag im April 2024) landete der Vorfall vor dem Verwaltungsgericht Greifswald, das die Polizeimaßnahme als rechtswidrig und unverhältnismäßig einstufte.**

## AfD-Fraktion wirkt!

- ▶ **Relevanter Einfluss auf die öffentliche Debatte um Senkung der Betreuungsschlüssel in den Krippen, Kitas und Horten**
- ▶ **Relevanter Einfluss auf die öffentliche Debatte um die Schließung der Förderschulen**
- ▶ **Relevanter Einfluss auf die öffentliche Debatte um die Einhaltung des Beutelsbacher Konsens und die politische Neutralität an den Schulen (siehe auch o. g. Kleine Anfrage Drs. 8/6293)**
- ▶ **Relevanter Einfluss auf die öffentliche Debatte um die Einführung des Praxiserntages MV als Teil der beruflichen Orientierung**



## Die Landesregierung fördert Ideologien – wir fördern Familien!

Während immer mehr Geld in Gender-Projekte, Vielfaltspädagogik und gesellschaftspolitische Experimente fließt, geraten die Interessen von Familien zunehmend ins Hintertreffen. Kinder werden bereits im Kindergarten- und Grundschulalter mit Fragen der sexuellen und geschlechtlichen Identität konfrontiert, während traditionelle Familienbilder systematisch relativiert werden. Viele Eltern empfinden diese Entwicklung als ideologische Einflussnahme und sorgen sich um die ungestörte Entwicklung ihrer Kinder. Gleichzeitig fehlen echte Anreize für Familiengründungen, die Anerkennung der Erziehungsleistung von Eltern und eine Politik, die Familien tatsächlich in den Mittelpunkt stellt.

Mit zahlreichen Anträgen, Anfragen, Haushaltsinitiativen und öffentlichen Stellungnahmen haben wir diese Positionen im Landtag vertreten und den politischen Druck auf die Landesregierung erhöht. Auch künftig werden wir dafür kämpfen, dass Familien, Eltern und Kinder wieder ins Zentrum der Landespolitik rücken. Familien sind kein Auslaufmodell, sondern das Fundament unserer Gesellschaft. Wer die Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns sichern will, muss Familien fördern statt Ideologien zu finanzieren.

- ▶ **Baby-Begrüßungsgeld für junge Familien**
- ▶ **Verbesserungen beim Elterngeld und zusätzliche Kinderurlaubstage**
- ▶ **Ausbau und langfristige Absicherung der Childhood-Häuser**
- ▶ **Strukturelle Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendschutzes**
- ▶ **Förderung von Familienarbeit, Schwimmunterricht sowie Breiten- und Vereinssport**
- ▶ **Konsequenter Widerstand gegen Gender-Ideologie und Frühsexualisierung**

Jan-Phillip Tadsen - Migrationspolitischer Sprecher

# MIGRATION IN ZAHLEN

**515 – 98 – 20:** Diese drei Zahlen haben sich mir als migrationspolitischem Sprecher der AfD-Fraktion in den vergangenen Wochen exemplarisch eingepägt.

Warum?

Beginnen wir mit der 515: 515 Fälle von Schussabgaben auf offener Straße zählte die Polizei in Berlin 2025. Das waren **68 Prozent mehr Straftaten, bei denen mit Waffen gedroht oder geschossen wurde, als noch im Vorjahr 2024.** Maßgeblich beteiligt sind laut Aussage der Ermittler ausländische Gangs, die die Hauptstadt unter sich aufteilen.

Die Zahl 98 ist mir bei der Lektüre eines Buches des Journalisten Jan A. Karon ins Auge gesprungen: Der Autor – seine Eltern sind selbst aus Polen nach Deutschland eingewandert – ist in den 1990er Jahren in Ludwigshafen aufgewachsen. Mit klaren Worten beschreibt er am Beispiel einer Grundschule im Stadtviertel Hemshof, wie drastisch sich seine Heimatstadt verändert hat und zu einem „Fremdland“ wurde: **98 Prozent der Schüler hatten im Jahr 2024 einen Migrationshintergrund, 90 Prozent hatten Förderbedarf.** Etwa jedes dritte Kind sprach bei der Einschulung kein Deutsch.

Eine besonders erschütternde Rolle spielt die Zahl 20 bei unseren nördlichen Nachbarn: Eine dänische Behörde hat frei zugängliche Daten zur Ausländerkriminalität zur Verfügung gestellt. Im Vergleich zu Dänen werden somalische Migranten – entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil – **20-mal öfter wegen Vergewaltigung verurteilt.**

Nun kann man anführen, dass Berlin, Ludwigshafen und Dänemark weit von Mecklenburg-Vorpommern entfernt sind. Aber bedenkliche Entwicklungen

sehen wir auch in unserem Bundesland. So klagten mir gegenüber kürzlich Großeltern, dass bei einer Einschulung in Schwerin lediglich drei weitere deutsche beziehungsweise deutschsprachige Kinder in der Klasse ihres Enkels waren. Auch die Grundschule in der 1.300-Einwohner-Gemeinde Dabel im Landkreis Ludwigslust-Parchim droht durch die Gemeinschaftsunterkunft zum Brennpunkt verfehlter Migrationspolitik zu werden.

Wollen wir wirklich eine solche Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern fortsetzen lassen?

Ich möchte nicht, dass offene Schießereien auf den Straßen Mecklenburg-Vorpommerns Alltag werden. **Ich will die Kriminalität ausländischer Gewalttäter mit einer eigens zu gründenden Task Force der Landespolizei bekämpfen!**

Ich möchte nicht, dass die Qualität des Unterrichts in unseren Schulen auf der Strecke bleibt, weil die SPD weiter ideologisch verblendet über die Sorgen der Bürger hinweg regiert.

Ich möchte, dass offensichtliche Konflikte nicht mehr tabuisiert werden. Genau das macht die dänische Regierung richtig: Sie legt die Zahlen, so erschütternd sie auch sein mögen, auf den Tisch. Probleme können nur gelöst werden, wenn man sie erkennen will und anspricht.

Es ist Zeit für Veränderung. Und das heißt für mich nur eines: Ich möchte in einem Mecklenburg-Vorpommern leben, in dem die Regierung ihren Bürgern wieder ein Gefühl von Verantwortung für das eigene Volk gibt. Die Menschen müssen wieder sehen können, dass Probleme konsequent angegangen und gelöst werden.



## Rückführungszentren

Durch unseren jahrelangen Druck und unter Mitwirkung der AfD im Europäischen Parlament sind nun Rückführungszentren in Drittstaaten außerhalb der Europäischen Union möglich geworden. Abgelehnte Asylbewerber und Personen ohne Aufenthaltsrecht können künftig in Drittstaaten außerhalb der Europäischen Union verbracht werden. Das ist ein erster Schritt für eine echte Migrationswende, die auch von Mecklenburg-Vorpommern aus aktiv unterstützt werden muss.



## Mehr Transparenz

Die im Vergleich zu Deutschen erheblich größere Kriminalität mancher Ausländergruppen wie Syrer und Afghanen ist mittlerweile allgemein bekannt. Polizeipressemitteilungen benennen mittlerweile offen die Staatsangehörigkeit von Tatverdächtigen. Das Problem Ausländerkriminalität wird kaum noch geleugnet und kleingeredet. Wo das Problem erkannt ist, kann man es auch endlich lösen.



## Heimat bewahrt

Die Massenunterkunft in Upahl ist aufgelöst. Die geplante Massenunterkunft in Ziesendorf wurde bisher nicht eröffnet. Vielerorts fassen die Bürger Mut, sich offen gegen Massenunterkünfte auszusprechen. Eine kritische Öffentlichkeit und selbstbewusstes Auftreten konnten und werden viel in unserem Land bewegen!



## Auswahl parlamentarischer Initiativen

1.) Ausreisepflicht durchsetzen: Wer als Ausländer kein Aufenthaltsrecht hat, muss wieder gehen. Die AfD-Fraktion tritt für die konsequente Durchsetzung geltenden Rechts durch das Land ein. **(Drs. 8/2098, 8/4634).**

2.) Transparenz herstellen: Bei Einwanderung und Kriminalität darf es keine Geheimnisse geben. Alle Fakten müssen öffentlich sein. Die AfD-Fraktion hat dies immer wieder im Landtag eingefordert **(Drs. 8/5021 und weitere Initiativen).**

3.) Heimat bewahren: Zusammengehörigkeitsgefühl und Lebensqualität gerade in kleineren Gemeinden werden durch Massenunterkünfte für Asylbewerber oft schwer geschädigt. Upahl, Dabel und andere Gemeinden sind mahnende Beispiele dafür. Die AfD-Fraktion fordert deshalb ein Mitspracherecht für Gemeinden bei der Unterbringung von Asylbewerbern. **(Drs. 8/2098, 8/2408, 8/3601, 8/4282).**



# SCHWESIGS JAHRE DER MISSWIRTSCHAFT

## Die schlimmste Krise der Staatsfinanzen seit der Wende

Das Land Mecklenburg-Vorpommern erlebt derzeit eine Finanzkatastrophe. Überall fehlt durch die Misswirtschaft Geld. Im Land und in seinen Kommunen wachsen die Haushaltslöcher. Verzockte Wertengelnder und Wahlkreisgeschenke sind das eine. Aber Kosten für Migration, Wasserstoffexperimente, immer mehr Landesbedienstete und ideologische Politik holen die ohnehin schon hohen Einnahmen noch schneller und dauerhaft ein. **Ab 2028 wird Mecklenburg-Vorpommern ein Defizit von über einer Milliarde Euro haben bei 12 Milliarden Euro Gesamthaushalt.** Fast jeder zehnte Euro fehlt. Die Landkreise haben Defizite in hohen dreistelligen Millionenbeträgen. Die Rücklagen des Landes wurden komplett aufgezehrt. Rücklagen für Beamte und die Renaturierung der Sondermülldeponie Ihlenberg werden beispielsweise nicht in ausreichendem Maße gebildet. Corona-Schulden müssen nun schmerzhaft getilgt werden.

### Finanzputsch gegen unsere Landesverfassung

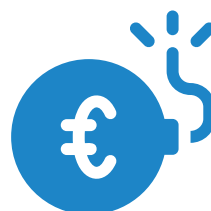
**Aktuell nimmt das Land bereits 277 Millionen Euro Schulden im Jahr auf.** Das ist die Obergrenze, die Manuela Schwesig erst durch den Finanzputsch und die Grundgesetzänderung zusammen mit Kanzler Merz im Frühjahr 2025 ermöglichte. Die von Schwesig verhasste Landesschuldenbremse wurde durch diesen Trick „von oben“ ausgehebelt. Zudem wurden die massiven Sondervermögen des Bundes für Infrastruktur, Klimatransformation und Militär konstruiert. Dies ist jedoch ein Verschiebebahnhof. Daseinsvorsorge, die eigentlich aus dem Kernhaushalt und den jährlichen Steuern finanziert werden müsste, wird nun per Schulden bezahlt. In einem Jahrzehnt kommt die Quittung: **Massive Zinslasten werden uns erdrücken. Viele werden bemerken, dass Panzer, Schulen und Polizeistationen keine Steuern erwirtschaften und keine echten „Investitionen“ sind, sondern zusätzlich unterhalten werden müssen.** Diese Aufgaben müssen eigentlich immer aus dem laufenden Haushalt bezahlt werden.

### Die AfD-Fraktion hat Lösungen vorgelegt

Gegen diese instabile und unzuverlässige Politik der Regierungsvorgänger haben wir uns auch in dieser Legislatur aufgelehnt. Schulden, Bilanzkosmetik, Runterrechnen bei pflichtigen Rückstellungen und ein tiefes Misstrauen gegenüber dem Kapitalmarkt sind die SPD-Lösungen. Dies ist bestenfalls kontraproduktives Zeitspiel. Wir stellten in jeder Haushaltsverhandlung die meisten Änderungsanträge und wollten sparen. **Zum aktuellen Haushalt 2026/2027 wollten wir mit 150 Anträgen bei Migrationsausgaben, linken NGOs und Politikergehältern sparen, um keine Neuverschuldung mehr zu schaffen.** Wir wollen die Rücklagen des Landes marktüblich anlegen. Während der norwegische Staatsfonds bald die Renten seiner Bürger vergoldet, hegen unsere MV-Marxisten noch Zweifel an der Marktwirtschaft. Zudem wollen wir klare Transparenz für die Bürger und die interessierte Öffentlichkeit schaffen, einen interaktiven Haushalt zum Nachvollziehen und eine klare Strukturierung der Steuergelder für die Daseinsvorsorge.



**1 MILLIARDE**  
Haushaltsdefizit ab 2028  
Jeder zehnte Euro fehlt!



**277 MILLIONEN**  
Schulden im Jahr



**150**  
Änderungsanträge zum Haushalt  
Mehr als jede andere Fraktion

## Wenn Sozis Wirtschaft verstehen würden, wären sie keine Sozis

Die rot-rote Landesregierung hat in den letzten Jahren massive Fehlentscheidungen getroffen: zu stringente Corona-Maßnahmen, ein schlechtes Vergabegesetz, die Zerschlagung des Tourismusverbands, waghalsige Werftenpolitik, ein teures Klimagesetz, schlechte Förderkulissen und eine einseitige Konzentration auf sogenannte „grüne Transformation“. Die Ergebnisse sind eine schrumpfende Wirtschaft, schlechte Konjunkturerwartungen bei den Unternehmen, insolvente Betriebe und schlechtere Arbeitsmarktzahlen.

Und während Frau Schwesig gerne vorläufige und geschönte Zahlen zum BIP-Wachstum verkündigt, sieht die Endabrechnung anders aus. **Von 2022 bis 2024 sank in jedem Jahr die BIP-Wachstumsrate bis ins Negative.** Und dies trotz massiver Schulden und staatlicher Einmischung für Militär, LNG-Plattformen sowie Windkraftausbau. Ohne diese Staatsmaßnahmen wäre es noch geringer.

**Mit einem durchschnittlichen Bruttolohn von 38.599 Euro je Arbeitnehmer lag Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2024 erneut auf dem letzten Platz aller Bundesländer.** Das entspricht lediglich 83,9 Prozent des Bundesdurchschnitts von 46.008 Euro. Zum Vergleich: Spitzenreiter Hamburg verzeichnete einen durchschnittlichen Bruttolohn von 54.877 Euro.

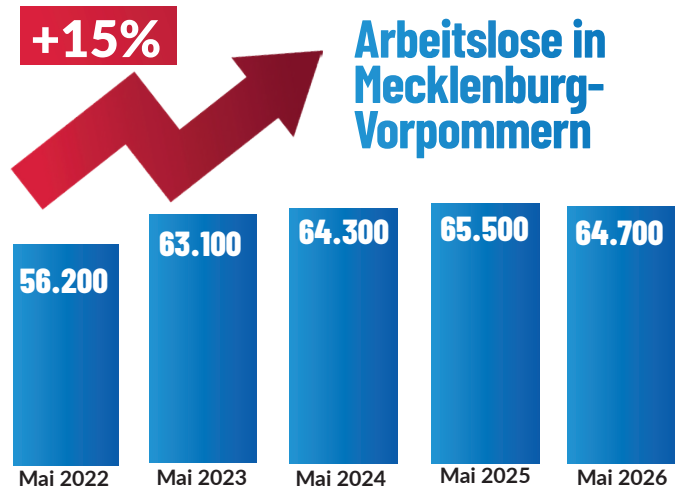
Die Anzahl der Erwerbstätigen im verarbeitenden Gewerbe ist von 80.900 im Jahr 2020 auf 75.100 im Jahr 2024 gesunken. **Die Anzahl der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe ist von 148.600 im Jahr 2020 auf 142.400 im Jahr 2024 gesunken.**

Die AfD-Fraktion forderte eine klare Fokussierung auf das Wesentliche. Unser Wirtschaftsfokus liegt darauf, die eigenen Azubis und Meister zu stärken. Weniger Hochschulfokus, mehr duale Ausbildung. Wir wollen gezielt gefragte Engpassberufe stärken und kulturprägendes oder seltenes Handwerk fördern.

Wir wollten EU-Mittel in Gründungshilfen und Startkapital für Unternehmen umwidmen. Mit einem Technologiefonds wären Roboter, KI und intelligente Systeme längst etabliert und würden fehlende Arbeitskräfte bereitstellen. Wir wollen in der Wirtschaftsförderung Stärken stärken – im Tourismus, im Handwerk, in der Gesundheitsbranche und in der Ernährungswirtschaft. Statt jeden Mitnahmeeffekt zu fördern, der einen grünen Anstrich hat.

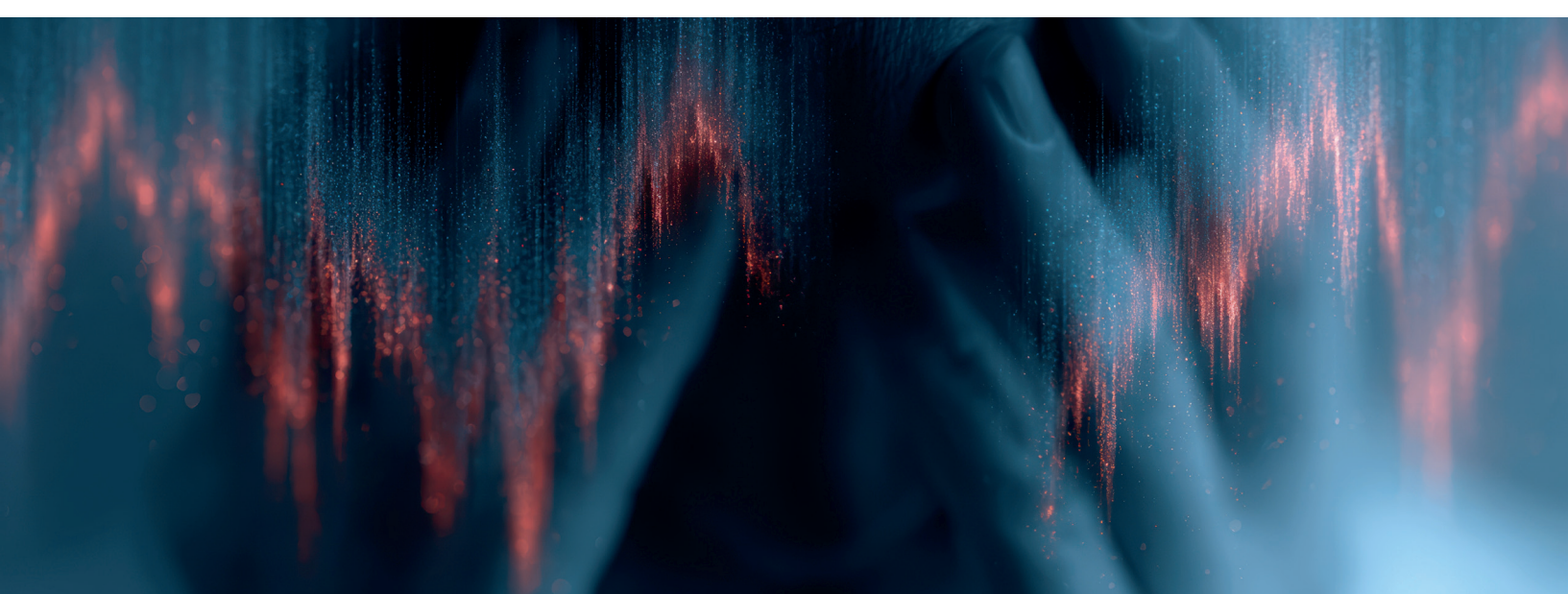
**Mehr Meister statt Master!  
Machen lassen statt Bürokratie!  
Pragmatismus statt Ideologie!**

Martin Schmidt  
Wirtschaftspolitischer Sprecher



**+ 32**  
neue Landesgesetze seit Oktober 2025

**+ 17**  
neue Verordnungen seit 2023





Wenn Wirtschaftlichkeit über Versorgung entscheidet

# KRANKENHAUSFINANZIERUNG UND KLINIKSTANDORTE SICHERN

Die wirtschaftliche Situation vieler Krankenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch verschärft. Steigende Personal- und Energiekosten, wachsende Bürokratie, unzureichende Investitionsmittel und die Unsicherheiten der Krankenhausreform setzen zahlreiche Einrichtungen unter erheblichen Druck. **Während Bund und Länder über Strukturreformen diskutieren, kämpfen viele Krankenhäuser längst um ihre wirtschaftliche Existenz.**

Besonders deutlich zeigt sich diese Entwicklung am Beispiel der Warnow-Klinik Bützow. Das Krankenhaus musste bereits ein Insolvenzverfahren durchlaufen und geriet erneut in finanzielle Schwierigkeiten. Ursache sind nicht zuletzt die ungelösten Finanzierungsfragen der Krankenhausreform. Gerade kleinere Häuser sollen neue Versorgungsaufgaben übernehmen und innovative Strukturen entwickeln, erhalten jedoch häufig keine ausreichende finanzielle Absicherung. Damit werden jene Einrichtungen geschwächt, die für die medizinische Versorgung im ländlichen Raum unverzichtbar sind.

Auch der Standort Crivitz steht exemplarisch für die zunehmende Ausdünnung medizinischer Angebote in der Fläche. Die Schließung der Geburtsstation sowie weitere Umstrukturierungen haben in der Region erhebliche Verunsicherung ausgelöst. Viele Bürger sehen darin den Beginn eines schlei-

chenden Rückzugs medizinischer Versorgung aus dem ländlichen Raum. Wo Leistungen verschwinden, wachsen Wege, Unsicherheit und die Sorge vor weiteren Einschnitten.

Diese Entwicklungen sind Ausdruck eines grundsätzlichen Problems. Krankenhäuser werden immer stärker nach betriebswirtschaftlichen Kriterien bewertet, obwohl sie zentrale Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge erfüllen. Die Folgen tragen nicht die Planungsbehörden in Berlin oder Schwerin, sondern die Patienten vor Ort. **Gerade in Mecklenburg-Vorpommern mit seinen derzeit 37 Krankenhausstandorten kann eine solche Entwicklung gravierende Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit ganzer Regionen haben.**

Die Krankenhausreform droht diesen Trend weiter zu verschärfen. Kliniken sollen sich spezialisieren, Leistungen bündeln und neue Versorgungsformen entwickeln, ohne dass Finanzierung und Planungssicherheit gewährleistet sind. Statt verlässlicher Perspektiven entstehen wirtschaftliche Risiken. Statt Versorgungssicherheit wächst die Sorge vor weiterem Kliniksterben. Die Beispiele Bützow und Crivitz zeigen bereits heute, welche Folgen eine Politik haben kann, die Versorgung zunehmend nach Wirtschaftlichkeitskennzahlen organisiert und die Besonderheiten eines Flächenlandes ignoriert.

## Unser Lösungsansatz

Für die AfD-Landtagsfraktion steht fest: **Krankenhäuser sind keine gewöhnlichen Wirtschaftsunternehmen, sondern ein zentraler Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge.** Gesundheit darf nicht von Renditeerwartungen oder Fallzahlvorgaben abhängig gemacht werden. Der Erhalt einer flächendeckenden Krankenhausversorgung gehört zu den Kernaufgaben staatlichen Handelns.

Das gesundheitspolitische Leitbild der AfD Mecklenburg-Vorpommern stellt deshalb die wohnortnahe Versorgung und die Bedürfnisse der Patienten in den Mittelpunkt. Krankenhäuser müssen nach ihrem Versorgungsauftrag beurteilt werden und nicht allein nach betriebswirtschaftlichen Kennzahlen. Insbesondere die 37 Krankenhausstandorte des Landes bilden das Fundament einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung und müssen langfristig gesichert werden. Kliniksterben in der Fläche darf nicht zum Nebeneffekt politischer Strukturreformen werden.

Die AfD fordert deshalb eine auskömmliche Finanzierung versorgungsrelevanter Krankenhausstandorte. **Regionale Grundversorgung, Notaufnahmen, Geburtshilfestationen und andere unverzichtbare Leistungen sollen über individuelle Budgetvereinbarungen abgesichert werden.** Gerade kleinere Krankenhäuser benötigen Planungssicherheit und eine Finanzierung, die ihre besondere Bedeutung für die Versorgung der Bevölkerung berücksichtigt.

Zugleich setzt sich die Fraktion für eine stärkere Berücksichtigung regionaler Besonderheiten bei der Krankenhausplanung ein. **Flächenländer benötigen andere Maßstäbe als Ballungsräume. Mindestfallzahlen und Leistungsgruppen dürfen nicht dazu führen, dass funktionierende Versorgungsstrukturen gefährdet werden.** Ergänzend fordert die AfD einen konsequenten Abbau von Dokumentationspflichten und Verwaltungsaufwand, damit mehr Ressourcen für die eigentliche Patientenversorgung zur Verfügung stehen.

Die Beispiele Bützow und Crivitz verdeutlichen, warum eine gemeinwohlorientierte Krankenhauspolitik notwendig ist. Ziel der AfD ist eine Gesundheitsversorgung, die Versorgungssicherheit, Erreichbarkeit und medizinische Qualität dauerhaft gewährleistet. Die Interessen der Patienten müssen Vorrang vor Strukturvorgaben und Wirtschaftlichkeitslogiken haben.

## AfD-Fraktion wirkt!

- ▶ Frühzeitige parlamentarische Thematisierung der wirtschaftlichen Risiken der Krankenhausreform
- ▶ Erhöhter politischer Druck auf Landesregierung und Bund zur Berücksichtigung der Besonderheiten von Flächenländern
- ▶ Verstärkte öffentliche Aufmerksamkeit für die Situation von Klinikstandorten wie Bützow und Crivitz
- ▶ Die Debatte über Krankenhausversorgung als Kernaufgabe der Daseinsvorsorge nachhaltig im politischen Raum verankert

## Initiativen

- ▶ Antrag zum Bürokratieabbau und mehr Versorgung – Den Fachkräftemangel durch Entlastung der Krankenhäuser bekämpfen (Drs. 8/4279)
- ▶ Antrag Finanzierung der Krankenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern sichern – Versorgung in der Fläche gewährleisten (Drs. 8/4520)
- ▶ Anfrage: Ambulante Operationen und wirtschaftliche sowie strukturelle Auswirkungen auf Krankenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern (Drs. 8/6427)
- ▶ Anfrage: Gesundheitssicherheit und Krisenvorsorge des Gesundheitssystems in Mecklenburg-Vorpommern (Drs. 8/6159)
- ▶ Anfrage: Wirtschaftsbilanz 2025 der Krankenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern und Auswirkungen der wirtschaftlichen Veränderungen gegenüber 2024 (Drs. 8/6149)
- ▶ Anfrage: Investitionsfinanzierung, Investitionsstau und kommunale Unterstützung der Krankenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2025 (Drs. 8/6148)
- ▶ Anfrage: Auswirkungen der Änderungen im Hebammenhilfefvertrag auf Beleghebammen, die geburtshilfliche Versorgung und die Gesundheitsversorgung in Mecklenburg-Vorpommern (Drs. 8/5932)





# DEUTSCHE INDUSTRIE IM NIEDERGAN

Die Energiewende hat ihr Ziel erreicht

Die sogenannte Energiewende hat ihr zentrales Versprechen nicht eingelöst: günstige, saubere und sichere Energie für alle. Stattdessen zahlen die Bürger drauf. Deutschland ist mit Abstand der teuerste Strommarkt der Europäischen Union und zählt weltweit zur Spitzengruppe der Hochpreisländer – rund ein Drittel über dem EU-Durchschnitt. Das ist das Ergebnis verfehlter Politik.

Kern der Energiewende war der gleichzeitige Ausstieg aus Kernkraft und Kohle. Damit hat Deutschland zwei verlässliche Grundlastquellen aufgegeben und durch eine teure Doppelstruktur ersetzt: wetterabhängige Erneuerbare plus Gaskraftwerke und Reservenetze als Absicherung. **Bezahlt wird das über den Strompreis – jedoch ohne mehr Versorgungssicherheit.**

Den Endpreis bestimmen nicht die Erzeugungskosten, sondern Steuern, Netzentgelte und Umlagen, die seit Jahren über die Hälfte der Stromrechnung ausmachen. Selbst der günstige Ökostrom hilft kaum: Über das Merit-Order-Prinzip setzt meist das teuerste Kraftwerk den Marktpreis. Das Versprechen sinkender Preise blieb unerfüllt. Stattdessen explodierten die Kosten.

Hinzu kommt ein Netzausbau, der windkraftreiche Länder wie Mecklenburg-Vorpommern mit hohen Netzentgelten belastet, während der Strom in den Süden abfließt. Wer Windkraftanlagen errichtet, wird mit Netzkosten bestraft statt entlastet.

Das nächste milliardenschwere Prestigeprojekt der Energiewende heißt Wasserstoff. Milliarden schwere Förderprogramme sollen hier einen Markt erzeugen, den es ökonomisch schlicht nicht gibt. Kein deutsches Unternehmen produziert grünen Wasserstoff bislang kommerziell, also ohne dauerhafte Subventionen. Wohin das führt, zeigt sich exemplarisch an der Insolvenz des Wasserstoffprojekts HH2E in Lubmin – ein Projekt, das genau jenes Fördermodell verkörperte, dem die Bundesregierung weiterhin folgt. Selbst der Bundesrechnungshof hat in seinem Sonderbericht zu den Wasserstoff-Förderprogrammen vom Oktober 2025 erhebliche Defizite bei Wirtschaftlichkeitsprüfung und Erfolgskontrolle der eingesetzten Milliarden festgestellt. Insbesondere bemängelte er fehlende Wirtschaftlichkeitsnachweise, unzureichende Erfolgskontrollen sowie erhebliche Unsicherheiten hinsichtlich des tatsächlichen Bedarfs. Doch statt aus solchen Befunden Konsequenzen zu ziehen, wird der eingeschlagene Kurs unverändert fortgesetzt. Immer neue Fördertöpfe für Projekte, die ohne dauerhafte staatliche Stützung am Markt nicht bestehen könnten. Das ist keine Industriepolitik, das ist Planwirtschaft statt Markt. **Nur dass diesmal der Steuerzahler das unternehmerische Risiko trägt, das eigentlich private Investoren tragen müssten.**

Die Rechnung zahlt die energieintensive Industrie. Chemie-, Stahl- und Aluminiumbetriebe verlieren gegenüber den USA mit

billigem Fracking-Gas oder Frankreich mit Kernenergie massiv an Wettbewerbsfähigkeit. Dass der Staat mit der Strompreiskompensation Ausnahmeregelungen schaffen musste, beweist: Ohne Subvention wäre die Industrie am eigenen Strompreis erstickt. Setzt sich diese energiepolitische Irrfahrt fort, drohen weitere Produktionsverlagerungen, Werksschließungen und der Verlust gut bezahlter Industriearbeitsplätze. Die sogenannte Energiewende wird von der energieintensiven Industrie Deutschlands und damit vom wirtschaftlichen Wohlstand nichts übriglassen.

Als Alternative setzen wir dem eine klare Position entgegen: Marktwirtschaft statt Subventionsregime. Erneuerbare-Anlagen sollen ihre Wirtschaftlichkeit ohne Vorrangspeisung und Dauersubventionen nachweisen müssen. Zentraler politischer Hebel ist die Abschaffung oder grundlegende Überarbeitung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes, damit die Länder ihre Energieziele wieder selbst bestimmen können. Ergänzend sollen Umweltverträglichkeitsprüfungen verschärft und bloß inszenierte Bürgerforen abgeschafft werden.

Als langfristigen Anker setzen wir auf den Wiedereinstieg in die Kernenergie. Stillgelegte Kraftwerke sollen – soweit technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar – schnellstmöglich reaktiviert, kleine modulare Reaktoren entwickelt und eine Machbarkeitsstudie zu möglichen Standorten in MV, etwa Lubmin, erstellt werden. Bis neue Kapazitäten ans Netz gehen, sollen drei Übergangssäulen die Versorgung sichern: moderne Gaskraftwerke, bevorzugt mit Pipelinegas, Stromimporte aus kernkraft- und wasserkraftbasierten Nachbarländern sowie dezentrale Biogasanlagen. Dazu zählt die Wiederinbetriebnahme des intakten Nord-Stream-2-Strangs B und die Reparatur beschädigter Leitungen; das LNG-Terminal vor Rügen soll dadurch verzichtbar werden.

Im Wärmesektor fordern wir als einzige Partei echte Technologieoffenheit. Gas, Heizöl und Wärmepumpen als gleichberechtigte Optionen statt Zwangsmodernisierung, ergänzt durch den Ausbau der Tiefengeothermie, wofür MV laut Studien beste Voraussetzungen bietet. Energieerzeugung zum Eigenverbrauch soll steuer- und abgabenfrei bleiben. Zugesagte Subventionen für bestehende Anlagen bleiben aus Gründen des Vertrauensschutzes erhalten, neue Förderungen sollen aber aus der Logik der Dauersubvention herausgeführt werden. Schließlich wollen wir die Hausbesitzer und Anwohner vor wertmindernden Windkraft- und Freiflächen-Photovoltaikprojekten in Wohnnähe schützen und Freiflächen-PV auf Ackerland ausschließen, zugunsten von Dachflächen und bereits versiegelten Arealen.

Selbst die Landesregierung scheint inzwischen erkannt zu haben, dass die bisherigen Ausbauziele beim Windkraftausbau kaum vermittelbar sind. Eine grundsätzliche Kurskorrektur bleibt jedoch bislang aus.

## Parlamentarische Initiativen

- ▶ Bundesratsinitiative gegen die Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes
- ▶ Kernkraft revitalisieren – Grundlagen schaffen für eine Energieversorgung der Zukunft
- ▶ Änderung des Denkmalschutzgesetzes
- ▶ Stromversorgung sichern, Preisexplosionen effektiv verhindern – Moratorium hinsichtlich des weiteren Ausbaus der Wind- und Solarenergie
- ▶ Reparatur und (Wieder-)Inbetriebnahme der Erdgasleitungen Nord Stream 1 und Nord Stream 2
- ▶ Anpassung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes
- ▶ Wasserstoffförderung auf den Prüfstand stellen – Transparenz und Wirtschaftlichkeit sicherstellen



# FRAKTION VOR ORT

AfD-Fraktion im Landtag MV  
Lennéstraße 1 (Schloss), 19053 Schwerin

0385/525-1700  
kontakt@afd-fraktion-mv.de  
www.afd-fraktion-mv.de



## NIKOLAUS KRAMER

Breite Straße 23, 17358 Torgelow  
Am Mühlentor 1, 17489 Greifswald  
nikolaus.kramer@afd-fraktion-mv.de  
03834 - 7773690  
www.nikolauskramer.de

## ENRICO SCHULT

Treptower Straße 26, 17109 Demmin  
Basedower Str. 10, 17139 Malchin  
enrico.schult@afd-fraktion-mv.de  
03998 - 2856416  
www.enrico-schult.net

## HORST FÖRSTER

Neustrelitzer Straße 70g, Neubrandenburg  
kontakt@horst-foerster.de  
0395 - 36968500  
www.hoerst-foerster.de

## MARTIN SCHMIDT

Lange Straße 108, 19230 Hagenow  
kontakt@martinschmidt.net  
01575-6421807  
www.martinschmidt.net

## STEPHAN J. REUKEN

Hasenwinkel 6, 17438 Wolgast  
stephan.reuken@afd-fraktion-mv.de  
0385 - 5251722

## THORE STEIN

Eisenbeisstraße 26, 19386 Lübz  
thore.stein@afd-fraktion-mv.de  
0385/525-1759  
www.thore-stein.de

## JAN-PHILLIP TADSEN

Kütiner Straße 21, Sternberg  
jan.phillip.tadsen@afd-fraktion-mv.de  
0385 - 5251762  
www.jan-phillip-tadsen.de

## JENS SCHULZE- WIEHENBRAUK

Am Markt 7, 17389 Anklam  
jens.schulze-wiehenbrauk@  
afd-fraktion-mv.de  
03835 - 5251723

## PAUL TIMM

Mobiles Wahlkreisbüro  
paul.timm@afd-fraktion-mv.de  
0176 - 43853351  
www.paultimm-afd.de

Am Markt 21  
18528 Bergen auf Rügen

## THOMAS DE JESUS FERNANDES

Rosa-Luxemburg-Str. 16a, 17192 Waren  
thomas.fernandes@afd-fraktion-mv.de  
03991 - 1480711  
www.de-jesus-fernandes.de

## PETRA FEDERAU

Bürgermeister-Bade-Platz 2,  
19055 Schwerin  
petra.federau@afd-fraktion-mv.de  
0385 - 58931527  
www.petra-federau.com

## JENS-HOLGER SCHNEIDER

jens.holger.schneider@afd-fraktion-mv.de  
03841 - 2452765

## MICHAEL MEISTER

Wilhelm-Külz-Platz 1, 18055 Rostock  
01575 180 57 02  
michael.meister@afd-fraktion-mv.de  
www.michael-meister.de